

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article 12:

By Mr Joschka Fischer

Status : - Member

Artikel 12: [Einwanderung]

(1) Die Union entwickelt eine gemeinsame Einwanderungspolitik, die in allen Phasen eine effiziente Steuerung von Migrationsströmen, eine angemessene Behandlung von Drittstaatsangehörigen, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, sowie eine Prävention und verstärkte Bekämpfung von illegaler Einwanderung und Menschenhandel gewährleisten soll.

(2) Zu diesem Zweck erlassen das Europäische Parlament und der Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren Gesetze und Rahmengesetze in folgenden Bereichen:

- Einreise- und Aufenthaltsvoraussetzungen sowie Normen für die Erteilung von Visa für einen langfristigen Aufenthalt und Aufenthaltstiteln, einschließlich solcher zur Familienzusammenführung, durch die Mitgliedstaaten;
- Festlegung der Rechte von Drittstaatsangehörigen, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, einschließlich der Bedingungen, unter denen sie sich in den anderen Mitgliedstaaten frei bewegen und aufhalten dürfen;
- illegale Einwanderung und illegaler Aufenthalt, einschließlich Abschiebung und der Rückführung solcher Personen, die sich illegal in einem Mitgliedstaat aufhalten;
- ~~Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere des Handels mit Frauen und Minderjährigen.~~

(3) Die Union kann Abkommen mit Drittländern schließen, deren Ziel eine Rückübernahme illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger in ihr Ursprungs- oder Herkunftsland ist.

(4) ~~Das Europäische Parlament und der Rat können nach dem Gesetzgebungsverfahren~~

~~Gesetze und Rahmengesetze erlassen, mit denen Die EU kann ein Tätigwerden der Mitgliedstaaten fördern~~
~~gefördert und unterstützt wird~~, das der Integration der Drittstaatsangehörigen dient, die sich rechtmäßig in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten. Die Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten ist ausgeschlossen.

Explanation:

Absatz 2:

Zweiter Anstrich: Die Freizügigkeit bleibt den Unionsbürgern vorbehalten.

Vierter Anstrich: Die Bekämpfung des Menschenhandels stellt eine repressive Maßnahme im polizeilichen und justiziellen Bereich dar, die nicht systemwidrig in Art. 12, der die Einwanderung betrifft, unter Bezugnahme auf das Gesetzgebungsverfahren geregelt werden sollte. Art. 17 nennt den Menschenhandel als einen der Bereiche, in dem Rahmengesetze mit Mindestvorschriften im materiellen Strafrecht erlassen werden können.

Absatz 4:

Die Vorschrift sieht eine Kompetenz zum Erlass von Gesetzen und Rahmengesetzen nach dem Gesetzgebungsverfahren zu Förder- und Unterstützungsmaßnahmen im Bereich der Integration von Drittstaatsangehörigen vor. Die EU-Kompetenz sollte vor dem Hintergrund des Subsidiaritätsprinzips beschränkt bleiben auf Unterstützung von Maßnahmen zur Förderung der Integration.

Grundsätzlich: Eine Stellungnahme, ob bestimmte Bereiche der Einwanderungspolitik vorerst weiterhin der Einstimmigkeit unterworfen sein sollten, bleibt vorbehalten. Die Regelungen über den Zugang zum nationalen Arbeitsmarkt liegen im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten.